

Flucht! Die Herausforderungen bewältigen: JETZT“

Vortrag beim Thementag der Evangelischen Akademikerschaft e.V. in Aachen am 9.4.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Geschwister,

wir stehen vor zwei Herausforderungen:

I. Wie reagieren die Kirchen auf die aktuellen Herausforderungen aus Flucht und Migration? und

II. Syrien und sein verlassenes Volk: Entwicklung und aktuelle Situation in Syrien.

Beides sind korrespondierende Themen. Sie werden miteinander vermengt. Sie interessieren in gleicher Stärke. Sie müssen aber getrennt behandelt werden.

I. Wie reagieren die Kirchen auf die aktuellen Herausforderungen aus Flucht und Migration?

Grundlegendes zur Einführung

Flucht und Migration sind Merkmale einer akuten globalen Krise. Europa ist im Vergleich zum Südsudan, Kenia, Somalia, Pakistan, Mexiko, Bangladesch, Afghanistan und den Ländern des Nahen Ostens bisher nur marginal betroffen.¹ Trotzdem beherrscht Unsicherheit die Menschen und die politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa. Wie ist mit der großen Zahl von Flüchtlingen und Migranten aus Afghanistan, Iran, Syrien, Afrika und aus Nordafrika umzugehen, die nach Europa drängen? Sie werden als eine Bedrohung, als eine neue „Völkerwanderung“, wahrgenommen. Dramatische gesellschaftliche, finanzielle und politische Entwicklungen kündigen sich an. In Deutschland und Europa breitet sich eine von Fremdenfeindlichkeit, gar von Hass, getriebene Polarisierung aus. Die sachliche Auseinandersetzung droht der Ignoranz und der Aggressivität zu weichen. Das gesellschaftliche Leben droht zu verrohen. Die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin Merkel löst eine heftige Debatte unter Philosophen (Sloterdijk, Safranski, Jirgl)² und unter Verfassungsrechtlern (Di Fabio, Papier, Bertrams)³ aus. Die staatliche Ordnung und der Zusammenhalt der Europäischen Union werden ernsthaft in Frage gestellt. Die Kirchen im Bereich der ACK sind eine der wenigen Großgruppen, die eine Orientierung und damit eine positive und konstruktive Perspektive benennen können. Die Positionen der Kirchen und des Staates driften erkennbar auseinander. Die Verantwortung der Kirchen für das gemeine Wohl ist aus Anlass der Flüchtlingskrise gestiegen. Sie haben die Rolle der Vermittlung von Kultur in einem säkularen Staat übernommen. Religionen erweisen sich wieder als öffentlich bedeutsam. Die Kirchen treten zu Fragen von Flucht und Migration als Nichtregierungsorganisationen (NRO), als Akteure der Zivilgesellschaft auf. Sie leisten Monitoring, Lobby- und Advocacy-Aktivitäten und tatkräftige diakonische Arbeit. Sie treten in der Sozialgestalt von selbstorganisierten Initiativen, Gruppen, Zusammenschlüssen und Netzwerken oder im Dienst für das weltweite Wohl auf.

Um die Dimensionen des heutigen Phänomens „Flucht“ historisch und politisch für Europa einordnen zu können, sollten wir uns die Geschichte der Migration in Europa ins Bewusstsein rufen. Aus der Neuzeit ist zu erinnern an die 150.000 vom französischen König verfolgten Hugenotten, die ab 1685 nach England, der Schweiz, den Niederlanden und nach Deutschland kamen. Zum europäischen Wohlstand trug bei, dass bis 1865 mehr als 10 Mio. Afrikaner als Sklaven vor allem nach Amerika verschleppt wurden. Die Industrialisierung verursachte ab der Mitte des 19. Jahrhunderts eine umfassende Wanderungsbewegung in Europa (italienische Facharbeiter, Millionen von Polen von 1871 bis 1914 in das Ruhrgebiet). 1914 flohen ca. 1,7 Mio. Menschen vor den deutschen Truppen aus Belgien in die Niederlande, nach Frankreich und Großbritannien. Der 2. Weltkrieg erbrachte mehr als

1 Vgl. die Beispiele in E + Z (Entwicklung und Zusammenarbeit), Heft 3-4/2016 „Globale Flüchtlingskrise“

2 Generalanzeiger, Bonn, 19.2.2016

3 Generalanzeiger, Bonn, 15.1.2016

50 Mio. zwangsweise Flüchtlinge, Vertriebene und Deportierte (= ein Zehntel der damaligen europäischen Bevölkerung), davon 8 Mio. Zwangsarbeiter in Deutschland. 14 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene kamen 1944 - 1946 aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, davon 12 Mio. in die spätere Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung warb „Gastarbeiter“ aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Marokko, Tunesien, Jugoslawien an. Heute leben 1,7 Mio. Türken und ca. 500.000 Italiener in Deutschland. 250.000 Polen flohen in den 1980er – 1990er Jahren nach Westdeutschland. Ca. 2,3 Mio. Menschen kamen als „Spätaussiedler“ aus Russland, Kasachstan und der Ukraine zu uns.⁴ All diese Wanderungsbewegungen sind konstruktiv bewältigt worden. Weshalb sollten wir das aktuell nicht schaffen?

Ich möchte Ihnen die kirchlich Perspektive näher bringen.

Der Vortrag gliedert sich in drei Abschnitte. Sie kennen diesen Dreischritt aus dem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung:

1. Was sehen wir?
2. Wie beurteilen wir das Gesehene?
3. Wie handeln wir?

1. Was sehen wir?

Besser sollten wir bei diesem Thema fragen „Was fühlen und erfahren wir?“ „Wenn es ein Wort trifft, dann ist es 'Verzweiflung'“. So antwortet Zedoun Al-Zoubi, Geschäftsführer der Union Syrischer Medizinischer Hilfsorganisationen, mit Blick auf die Situation der Menschen in Syrien. Sie seien hilflos und hoffnungslos und entschieden sich nicht leichtfertig für eine Flucht nach Europa. Die Menschen hätten das Gefühl, dass dieser Konflikt nie enden würde. Die anfänglichen Träume von Demokratie und Gleichheit seien in dem gnadenlosen und blutigen Bürgerkrieg verfliegen.⁵ Wer von uns selbst einmal ein Flüchtling war, kann etwas von dem existenziellen Notstand ahnen, in dem Flüchtlinge leben. Wer sich davon anrühren lässt, wird die menschenfeindlichen Aussagen und Handlungen von Mitbürgern, politischen Parteien wie der AfD und Politikern als gesellschaftliche und geistliche Brandstiftung entschieden ablehnen und bekämpfen.

Flüchtlinge und Menschen in Migration sind eine Mahnung für uns im Wohlstandsparadies. Beim Hamburger Kirchentag 2013 und bei der Kieler Woche 2014 waren sie auf dem ehemaligen Fischkutter M/S Anton des dänischen Vereins „Lebende Hav“ („Lebende Seele“) zu sehen: dicht gedrängt stehende menschliche Figuren in ärmlicher Kleidung und mit traurigen Gesichtern. Das waren die Mahnwachen und Vorboten der Tausenden von Menschen, die später über das Mittelmeer und den Balkan kommen würden.

Der UNHCR zählte im Jahre 2015 weltweit 60 Mio. Flüchtlinge als Folge von Bürgerkriegen und Gewalt. Die hauptsächlich betroffenen Länder sind Syrien, Irak, Afghanistan, Somalia, Sudan, Südsudan, die Demokratische Republik Kongo, die Zentralafrikanische Republik, Iran und Eritrea. Die meisten Menschen sind vor dem Krieg in Syrien geflohen. In der Region selbst leben nach einer Grafik des Handelsblattes (Quelle UNHCR) vom 19.1.2016 4.597.436 syrische Kriegsflüchtlinge, davon 2.403.549 in der Türkei, 1.069.111 im Libanon, 245.022 im Irak, 117.658 in Ägypten und 635.324 in Jordanien. Die Armut der Flüchtlinge nimmt immer mehr zu und die Gastländer sind nach Analyse von internationalen Hilfsorganisationen überfordert, der Not Herr zu werden. Jeder vierte Einwohner des Libanon ist ein Flüchtling. Wieviele Flüchtlinge wären das vergleichsweise in Deutschland? Deshalb brachen und brechen immer mehr Menschen nach Europa auf, meistens nach

4 Dietmar Osses, Migration und ihre Geschichte in Europa. Erinnerungskulturen an Beispielen aus Nordrhein-Westfalen. in: Evangelische Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, Europe: where does it begin, where does it end? Oikosnet Europe – Annual assembly and conference 2014, o.J., S. 55 - 70

5 ForumZFD, Magazin Nr. 1/2016, Mit einem Wort: „Verzweiflung“, Gespräch mit Zedoun Al-Zoubi, S. 12 ff.

Deutschland, Österreich und Schweden. Der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, gab die Zahl der Flüchtlinge, die zwischen 2013 und 2015 nach Deutschland gekommen und dort geblieben seien, mit rund 1,2 Mio. an. 2016 sollten mehr als 1 Mio. Entscheidungen über Asylanträge fallen, davon 370.000 angestaute Altanträge, 400.000 Anträge von Flüchtlingen, die schon länger in Deutschland lebten, und 500.000 Neuanträge.⁶

Die Fluchtursachen lassen sich abstrakt unter folgenden Begriffen fassen: Diktatur und schwerste Menschenrechtsverletzungen, Bürgerkriege, die Folgen von Rüstungsexporten, Hitze- und Dürreperioden, Überschwemmungen und steigende Meeresspiegel durch Klimaveränderungen.

Die Flüchtlingspolitik der EU schwächelt erheblich⁷. Die Regeln zur Steuerung der Asylbewerbungen nach Dublin III greifen kaum noch, nachdem die Bundeskanzlerin Flüchtlinge aus Syrien im September 2015 nach Deutschland im Wege des Selbsteintrittsrechtes eingeladen hat und die westlichen Balkanstaaten die Balkanroute geschlossen haben. Ob der „Deal“ „one in – one out“ zwischen der EU und der Türkei, der am 4.4.2016 in Kraft treten soll, Erfolg haben wird, ist nach Ansicht des Friedensbeauftragten der EKD, Renke Brahms, „höchst problematisch“.⁸ Die EU-Kommission hat am 6.4.2016 ein neues „handhabbares und faires System“ für die Verteilung aller Asylberechtigten über ein Quotensystem - oder alternativ – einen „Fairness-Mechanismus“ dazu vorgeschlagen, falls ein Mitgliedsland besonders belastet wird. Grundlegend ist die Einsicht, dass das Verfahren nach Dublin III gescheitert ist. Das neue Verfahren sieht vor, die Verteilung der Flüchtlinge nicht mehr auf der Ebene der Mitgliedsländer, sondern auf der der EU zu regeln. Dazu soll das auf Malta ansässige Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) als Agentur ausgebaut werden.⁹

Der Finanzbedarf ist erheblich, aber im Vergleich zu den Rüstungskosten erschwinglich. Die Vereinten Nationen und ihre Partnerorganisationen benötigen 2016 mehr als 7,7 Mrd. US-Dollar für die Syrienhilfe. Insgesamt müssen mehr als 22 Mio. direkt vom syrischen Bürgerkrieg betroffene Menschen versorgt und geschützt werden. Weitere 1,2 Mrd. US-Dollar werden für Länder in der Region benötigt.¹⁰ Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW, Köln) schätzt den Finanzbedarf für die Flüchtlinge in Deutschland im Jahre 2016 und 2017 auf knapp 50 Mrd. €, im Jahre 2016 für Unterbringung und Verpflegung für rund 1,5 Mio. Flüchtlinge auf 17 Mrd. €. 2017 könnten sich die Unterbringungskosten auf 2,2 Mrd. erhöhen, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Mio. steigt. Zusammen mit den Integrationskosten würden im Wahljahr 2017 27,6 Mrd. € anfallen.¹¹

Die staatlichen Strategien zur Bewältigung der Flüchtlingskrise sind sehr unterschiedlich. In Deutschland fordert die CSU – ähnlich wie Staaten auf der Balkanroute – die Einführung einer Obergrenze und die Schließung der Grenzen. Wieder werden Mauern und Grenzzäune errichtet und die Freizügigkeit im Raum der EU eingeschränkt. CDU/CSU und SPD fordern für die Bundesregierung eine Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge. Bundeskanzlerin Merkel und der Bundesminister für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit Müller (CSU) streben an, die Flüchtlinge in der Region zu halten, indem dort Zugänge zu Bildung und Arbeitsplätzen geschaffen werden. Der Bundestag hat im März 2016 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen ein „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ (Asylpaket II) zur Begrenzung der Zahl der Flüchtlinge

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.3.2016

7 Karl Kopp (Europa-Referent von PRO ASYL, Europäische Flüchtlingspolitik am Nullpunkt, in: FriedensForum 1/2016; Süddeutsche Zeitung, 26.2.2016 „Menschlich der reinste Albtraum“

8 EKD-Friedensbeauftragter: Pakt mit der Türkei ist „höchst problematisch“.

<https://www.evangelisch.de/inhalte/133068/24-03-2016/fluechtlinge-ekd-brahms-findet-asyl-vereinbarung-der-eu-mit-tuerkei-hoehst-problematisch> (Zugriff 31.3.2016)

9 Süddeutsche Zeitung, 6.4.2016, S. 1 und S. 4

10 Handelsblatt 2.2.2016

11 DIE WELT, 1.2.2016

beschlossen (u.a. mit der Absicht, Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, Asylbewerber bis zu 6 Monaten nur gegen Sachleistungen in Aufnahmezentren zu belassen, eine strenge Residenzpflicht, Aussetzung des Familiennachzuges für zwei Jahre, Erleichterungen bei Abschiebungen).¹² Dagegen haben die Diakonie, die Caritas, der Jesuiten-Flüchtlingsdienst, der DPWV, die AWO und der Deutsche Anwaltverein scharf protestiert.¹³

2. Wie beurteilen wir das Gesehene?

Die Grundlage für die Beurteilung des Geschehens, konkret für das Schicksal der Flüchtlinge und migrierenden Menschen, ist für Christenmenschen die Bibel. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat bei seiner X. Vollversammlung 2013 in Busan daran erinnert, dass das Volk Gottes ein wanderndes Volk ist. Das kommt klar in dem Aufruf zum „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ zum Ausdruck. Das ist der Weg zu einem „gerechten Frieden“. „Gerechter Friede ist ein Weg, der ausgerichtet ist auf Gottes Heilsplan für die Menschheit und die ganze Schöpfung, im Vertrauen darauf, dass Gott 'unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet'“ (Lukas 1,79).¹⁴ Dieser Weg wird so qualifiziert: Der Weg ist schwierig. Wir gehen den Weg gemeinsam. Der Weg ist einladend. Die Bibel ist voller Geschichten über Flucht, Migration und Fremdsein, aber auch von der Erfahrung von Gottes Schutz und befreiendem Handeln. Wolf-Dieter Just¹⁵ zählt auf: Abraham war ein Wirtschaftsflüchtling, als er nach Ägypten zog (1. Mose 12, 1-3). Jakob musste vor seinem Bruder Esau fliehen (1. Mose 27, 41 ff.). Die Söhne Jakobs verkauften Joseph, ihren Bruder, nach Ägypten (1. Mose 37 – 50). Das Volk Israel wurde in Ägypten schlecht behandelt (2. Mose 1, 9-14). Mose war ein politischer Flüchtling, weil er einen Ägypter getötet hatte (2. Mose 2, 1-15). David floh vor den Mordplänen Sauls (1. Könige 19). Elia floh vor dem König Ahab (1. Könige 17). Die Moabiterin Rut zog mit ihrer Schwiegermutter in das ihr fremde Israel (Rut 1). Jesu Eltern mussten mit ihrem Kind vor Herodes fliehen (Matthäus 2, 13-15). Israels Recht schützt die Fremden (2. Mose, 22,20; 3. Mose 19, 33 f; 4. Mose 15, 15 f; 5. Mose 10,18 f; 2. Mose 23,9). Jesus macht das Liebesgebot am barmherzigen Samariter, einem Fremden, deutlich (Lukas 10,25 -37). Was „einem unter diesen geringsten Brüdern“ getan wird, ist Jesus getan (Matthäus 25, 31-46). In Jesus Christus sind Juden und Griechen, Sklaven und Freie, Mann und Frau alle in eins (u.a. Galater 3,28, Römer 2, 10 f). Die Gottebenbildlichkeit des Menschen begründet seine besondere Beziehung zu Gott und verpflichtet den Menschen zur Verantwortung gegenüber allen Mitmenschen (1. Mose 1).

Die evangelischen Kirchen in Europa nehmen die Herausforderungen von Flucht und Migration sehr ernst. Die „actalliance eu“, der Zusammenschluss von CCME, CEC, Eucord und Eurodiakonia, hat in einem Brief vom 16.3.2016 an die Spitzen der EU aus Anlass des europäischen Gipfels am 17./18.3.2016 „more humane responses for refugee protection in full compliance with European obligations under international law and human rights“ gefordert (z.B. Möglichkeiten für Resettlement und humanitäre Eingliederungsprogramme, Familiennachzug, Einzelfallentscheidungen bei Asylbewerbung usw.).¹⁶

Europäische Partnerkirchen der Evangelischen Kirche im Rheinland haben bei einer Konsultation in Bad Neuenahr am 9./10.1.2016 als Herausforderungen festgestellt:

„ - Die Aufgaben der Kirchen bestehen in konkreter Hilfe sowie Fürsprache in Politik und

12 Frankfurter Allgemeine Zeitung 29.1.2016

13 <https://www.proasyl.de/news/asylpaket-ii-breite-und-massive-kritik-aus-der-zivilgesellschaft-und-verbaenden/> (Zugriff 23.3.2016)

14 Konrad Raiser, Ulrich Schmitthenner (Hg.), Gerechter Friede. Ein ökumenischer Aufruf zum Gerechten Frieden., 2. Auflage 2013, LIT-Verlag, Münster, S. 9

15 Wolf-Dieter Just, Biblische Streiflichter – ein Exkurs zum Thema Flucht und Migration. In: Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, Horizonte der Gerechtigkeit. Auf dem Weg – Gerechtigkeit und Flucht. Materialien zum Sonntag Judika, 13.3.2016, S. 20 ff.

16 <http://actalliance.org/?s=European+responses+to+refugees+and+migrants> (Zugriff 29.3.2016)

Gesellschaft.

- Um zu einem Handeln aus Zuversicht zu kommen, ist es nötig, Angst abzubauen.
 - Europäische Identität macht sich am Umgang mit Flüchtlingen fest.
 - Kirchen tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Situation an den EU-Außengrenzen.
 - Die Unterstützung des UNHCR bei der Versorgung von Flüchtlingen in den Krisenregionen ist in den europäischen Ländern sicherzustellen.
 - Folgende Fragen stellen sich: Wie können biblische Grundorientierungen auch gegenüber Widerständen zur Geltung gebracht werden? Wie ist eine Integration von Flüchtlingen durch unsere Gemeinden möglich, auch wenn es sich um Muslime handelt?
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsultation sind sich in der Ablehnung von Dublin III-Regelungen einig und sehen in der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegung keine Episode, sondern eine strukturell dauerhafte Veränderung der Gesellschaften.“ Gemeinsam sagen die beteiligten Kirchen, dass sie die Flüchtlinge nicht „nach den Ursachen ihrer Flucht charakterisieren und bewerten.“ „Von der biblischen Botschaft her stellt sich die Frage nach der eigenen Identität und der christlichen Differenz zwischen Integration und Assimilation. Im Umgang mit Flüchtlingen zeigt sich die Stärke oder Schwäche der Identität.“¹⁷

Die Diakonie Deutschland urteilt über das Asylpaket II: „Auch wenn die Begründung des Gesetzesvorhabens als Ziel beschleunigte Asylverfahren benennt, führen die geplanten Maßnahmen tatsächlich jedoch zu mehr Bürokratie bei der Erstaufnahme von Asylsuchenden, erschweren diese und führen so mitnichten zu einer angestrebten Verkürzung und Effektivierung. Mit dem Vorhaben könnte der Erosion rechtsstaatlicher Standards der Weg bereitet werden. Abschreckungsmaßnahmen im Gesetzesvorhaben werden nicht zu einer effektiven Reduzierung der Zuwanderung führen, solange die Ursachen, allen voran der Krieg in Syrien, fortbestehen.“¹⁸

Insbesondere in die Situation der evangelischen und der katholischen Kirche in Sachsen hinein spricht ein offener Brief „Neutral bleiben – keine Option für Christen“ vom 25.2.2016, veröffentlicht von sächsischen Theologinnen und Theologen. Sie kritisieren die aktuellen fremden- und demokratiefeindlichen Manifestationen: „Aus unserer Sicht laufen Veranstaltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in kirchlichen Räumen gut, wenn Kirche dabei als christliche Kirche erkennbar wird, und wenn Christen ... dafür einstehen, dass der demokratische Rechtsstaat im Rahmen des Grundgesetzes auch aus christlicher Perspektive unbedingt erhaltenswert und schützenswert ist. Nach dem Motto „Kirche ist für alle da, aber nicht für alles“ (W. Leicht) können Christenmenschen aber keineswegs neutral bleiben, wo Flüchtlinge pauschal diskreditiert werden und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geschürt wird.“¹⁹ Der rheinische Präses Manfred Rekowski bekräftigte unter Berufung auf Philipper 2,4 gegen die veränderte Diskussion der Flüchtlingsfrage „einige Maßstäbe und Werte“, „die wir als Christinnen und Christen unabhängig von Trends, Umfrageergebnissen und Mehrheitsmeinungen in die aktuelle Debatte um die Flüchtlingspolitik einzubringen haben.“²⁰

3. Wie handeln wir?

Vor dem Hintergrund der weltweiten Herausforderungen aus Flucht und Migration sind nicht nur die christlichen Kirchen gefragt, sondern auch die Gläubigen anderer Religionen, insbesondere die des Islam und seiner Repräsentanten. Sie haben großen Einfluss auf das Verhalten ihrer Gläubigen. So ist es beruhigend zu lesen, dass Hunderte muslimischer Gelehrter und Intellektuellen aus mehr als 120 Ländern aus Anlass des Jubiläums der Charta von Medina vor 1.400 Jahren bei einer Konferenz in

17 Evangelische Kirche im Rheinland, Pressemitteilung Nr. 14/2016 vom 11.1.2016

18 <http://www.diakonie.de/stellungnahme-zum-asylpaket-ii-16906.html> (Zugriff 31.3.2016)

19 https://www.ekd.de/download/20160225_offener_brief.pdf (Zugriff 21.3.2016)

20 Evangelische Kirche im Rheinland, Pressemitteilung Nr. 56/2016 vom 23.3.2016

Marrakesch am 25.-27.1.2016 in der „Erklärung von Marrakesch“ gegen Aggression und Krieg im Namen des Islam und für Religionsfreiheit Stellung genommen haben. Nach dem Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Olav Fykse Tveit, zeigen die muslimischen Führungspersonlichkeiten damit, dass sie an eine gemeinsame Zukunft mit anderen Religionen, an gleiche Rechte und Respekt glauben.²¹ Versöhnlich äußerten sich auch der Groß-Imam der Al-Azhar-Universität in Kairo, Ahmad al-Tayyeb, einer der höchsten Autoritäten der sunnitischen Muslime, und der Weihbischof Hans-Jochen Jaschke, bei der Deutschen Bischofskonferenz zuständig für den interreligiösen Dialog, zum Problem von Gewalt und Frieden. Beide halten Christen und Muslime für verpflichtet, sich öffentlich und entschieden gegen jede Form von Gewalt zu wenden. Christen und Muslime sollten eine „Friedensmacht sein, die die Herzen der Menschen erreicht und Versöhnung stiftet.“ Erst wenn die Religionen untereinander in Frieden lebten, könnten auch die Völker in Frieden leben.²²

Die Kirchen mobilisieren die Gesellschaft. So haben auf Initiative des DGB die Deutsche Bischofskonferenz, die EKD und 7 weitere Spitzenorganisationen (u.a. die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Zentralrat der Juden) am 11.2.2016 eine breite gesellschaftliche „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat“ gegründet.²³

Der neue Rat der EKD hat kürzlich im Hinblick auf die hohe Zahl von Flüchtlingen und daraus resultierend zu den andauernden Herausforderungen Stellung bezogen. Die Empathie, als Grundsatz weit über die christliche Tradition hinaus als Zeichen der Menschlichkeit gegenüber den Schutzsuchenden anerkannt, müsse gesichert werden, wie es schon die Bergpredigt nahelege. „Alles nun, was ihr wollt, das euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch“ (Matthäus 7,12). Der Rat der EKD fordert eine gelingende „Integration der Zuflucht suchenden“. Er dürfe „keine Verlierer hervorbringen, weder unter den Flüchtlingen, noch unter der einheimischen Bevölkerung“. Ausreichende Ressourcen seien für das Bildungswesen und für den Wohnungs- und Arbeitsmarkt zu schaffen. Ausdrücklich stimmt der Rat der EKD für Bemühungen um eine europäische Lösung, weil „Menschlichkeit nur gemeinsam gelingen“ kann. „Chancen und Lasten der Aufnahme von Flüchtlingen müssen gemeinsam getragen werden“, zusammen mit den anderen Kirchen Europas. „Weil unser Verantwortungshorizont nicht an den eigenen Grenzen endet“, wendet sich die EKD gegen eine Abschottung Europas. Lösungswege seien „die Beseitigung der Fluchtursachen, die zugesagte Unterstützung der Nachbarländer in Krisenregionen, die Verbesserung der Bedingungen in den Flüchtlingslagern und geordnete Aufnahmeverfahren.“ Die Herausforderung, Menschen aus anderen Kulturen, Religionen und mit einem anderen Verständnis von Gesellschaft bei uns zu integrieren, verunsichere viele Menschen. Entscheidend sei, „die Kontrolle über die Durchsetzung des Rechts und der Werte des Grundgesetzes zu bewahren.“ In den Aufnahme-Einrichtungen für Flüchtlinge müssen „die anerkannten humanitären Standards gelten.“ Mit Sorge sieht die EKD die Bedrohung von Christinnen und Christen in Flüchtlingsunterkünften.²⁴

Zentral in der Auseinandersetzung ist die Kritik an der Verletzung und Zerstörung des humanitären Völkerrechts. Die Präsidentin von Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe, Cornelia Füllkrug-Weitzel, macht diejenigen, die „Obergrenzen“ fordern, Grenzzäune errichten und willkürlich Länder „als sogenannte sichere Herkunftsstaaten“ kategorisieren, für die Aushebelung zentraler

21 EKD, Erklärung von Marrakesch, https://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2016_02_02_1_weltkirchenrat_religionsfreiheit.html (Zugriff 23.3.2016)

22 Generalanzeiger, Bonn, 16.3.2016

23 https://www.ekd.de/aktuell/edi_2016_02_11_allianz_weltoffenheit_toleranz.html (Zugriff 30.3.2016)

24 Stellungnahme des Rates der EKD zur Situation von Flüchtlingen vom 22.1.2016, Pressemitteilung 6/2016, pressestelle@ekd.de, www.ekd.de; vgl. auch die Erklärung der Leitenden Geistlichen der evangelischen Landeskirchen Deutschlands „Zur aktuellen Situation der Flüchtlinge“ vom 10.9.2015, https://www.ekd.de/presse/pm157_2015_gemeinsame_erklaerung_zur_fluechtlingssituation.html (Zugriff 23.3.2016)

internationaler Regeln der humanitären Völkerrechts, nämlich der Genfer Flüchtlingskonvention²⁵ von 1951, mitverantwortlich. Deren Entwicklung sei die Antwort auf die beiden blutigen Weltkriege gewesen. Humanitäre Hilfe sei nicht nur durch eine „verantwortungslose Regierung“, sondern auch durch „absolut rücksichtslose Machtdurchsetzung ausländischer Regierungen und von ihnen bezahlte Terrorgruppen in der Region“ sowie durch „Waffenproduzenten und -exporteure“ auch deutsche, „gnadenlos politisch instrumentalisiert“ worden. „Die Völkergemeinschaft selbst, auch der Westen, hat die humanitären Schutzmechanismen für die Zivilbevölkerung beseitigt. Die Vorenthaltung medizinischer Versorgung, von Nahrungsmittelhilfe, Wasser etc. ist zum Kriegsinstrument geworden, dessen sich alle Akteure bedienen. Das Überleben der Zivilbevölkerung interessiert niemanden mehr, wenn es darum geht, die Eigeninteressen in der Region zu sichern.“²⁶

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland fasste am 15.1.2016 einstimmig einen deutlichen Beschluss (Beschluss 60). Auszüge:²⁷

„3. Eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen (u.a. Bürgerkrieg, Armut, Terror, Bildungsmangel, Ressourcenmangel, Klimawandel, Landgrabbing, religiöse Verfolgung usw.) findet bisher nicht statt. Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss mit dem Abbau von ungerechten Handelsbeziehungen, dem Abbau von Fremdenhass, mit Menschenrechtsarbeit, Abrüstung und einer nachhaltigen Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit sowie Integration und Sozialpolitik einhergehen.

4. Die Entwicklung einer neuen, an humanitären Standards orientierten europäischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik ist im Rahmen des geltenden Verfassungsrechts fortzuschreiben. Die zu fordernde neue Politik muss u.a. beinhalten:

- die Eröffnung legaler Einwanderungsmöglichkeiten für Schutzsuchende und Migranten nach und durch Europa (Resettlement, Familiennachzug, humanitäre Visa, Einwanderungsgesetz),
- Rettung von Menschenleben hat Vorrang vor Grenzsicherung,
- die Entwicklung eines neuen solidarischen Verteilsystems, das an den Bedürfnissen von Flüchtlingen orientiert ist.

5. Das christliche Menschenbild verpflichtet uns in jedem Menschen ein Geschöpf Gottes mit gleicher Würde zu sehen. Dies schließt ein:

- den Protest gegen die beschlossenen drastischen Maßnahmen der Flüchtlingsabwehr, die in der Konsequenz für die Betroffenen eine Verweigerung von Teilhabe und eine Missachtung ihrer Menschenwürde darstellen und auf ihre Rücknahme zu drängen.
- pragmatische Lösungen zu suchen, die Überlastung des Bundesamtes für Flüchtlinge (Rückstau von Asylanträgen) abzubauen. Hierzu zählt z.B. der Ausspruch des Bleiberechts für Flüchtlinge aus Ländern mit einer hohen Anerkennungsquote. LS2016-B60KL / Seite 3
- die Ablehnung einer Erweiterung von sogenannten sicheren Herkunftsländern, z.B. Afghanistan, Marokko, Türkei.

Die EKIR – ähnlich andere Landeskirchen - belässt es nicht bei Worten, sondern stellt auch erhebliche Gelder zur Verfügung. Im Jahre 2015 sind aus dem landeskirchlichen Haushalt 1 Mio. € in die

25 In Artikel 1 A 2. der Genfer Flüchtlingskonvention wird als „Flüchtling“ jede Person definiert, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will, ..“

26 Cornelia Füllkrug-Weitzel, Völkerrecht schützen und Waffenexporte stoppen, Beitrag zur Pressekonferenz von „Bündnis Entwicklung Hilft“ zum Thema Fluchtursachen am 17.2.2016, <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/voelkerrecht-schuetzen-waffenexporte-stoppen> (Zugriff 23.3.2016)

27 Evangelische Kirche im Rheinland. Landessynode 2016, Beschluss 60, <http://www.ekir.de/www/downloads/LS2016-B60KL.pdf> (Zugriff 23.3.2016)

Flüchtlingsarbeit der Gemeinden, Kirchenkreise und Einrichtungen geflossen. Über die finanziellen Anstrengungen von Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und Einrichtungen hinaus stellt die Landessynode für 2016 1,5 Mio. € in den Haushalt ein und sieht für die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2017 – 2019 3,25 Mio. € für Flüchtlings- und Integrationsarbeit vor. Aus Anlass der humanitären Katastrophe in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze im März 2016 sind in den Gemeinden binnen weniger Tage 21.000 € zur Unterstützung von Programmen griechischer Träger gesammelt worden. Alle Gliedkirchen der EKD haben im Jahre 2015 zusammen 100 Mio. € für die Flüchtlingsarbeit aufgebracht. Dass die Willkommenskultur in Deutschland mit 120.000 ehrenamtlich Tätigen zum großen Teil von den Kirchen und ihren Gemeinden getragen wird, ohne die staatliches Handeln nicht denkbar wäre, ist allgemein bekannt. Zu berichten ist aber auch von christlich-muslimischen „Mittwochs-Gebeten“ in Wetzlar-Niedergirmes. Sie werden abwechselnd von christlichen und muslimischen Geistlichen in einem Flüchtlingscamp gehalten. Eine Arbeitsgruppe ist dabei, eine gemeinsame Liturgie zu entwerfen, die für beide Religionen annehmbar ist, so dass ein gemeinsames Gebet entstehen kann. Diese Initiative entstand im Wetzlarer Dom, als eine Demonstration von Flüchtlingen wegen starken Regens dort Schutz suchte. Ein Imam trat nach vorne und rezitierte – ungeplant - Koran-Verse. Darauf schlossen evangelische und katholische Geistliche Gebete an. Das war vor allem für Muslime ein starkes Erlebnis, vor allem, weil es in einem christlichen Dom geschah.

Fünfundvierzig bayerische Ordensobere haben sich zum Fest des heiligen Martin, des Patrons der Flüchtlinge, in einem Brief an Ministerpräsident Seehofer gewendet und mit konkreten Forderungen an ihn appelliert, „dringend von einer Rhetorik Abstand zu nehmen, die Geflüchtete in ein zwielichtiges Licht stellt. Wir plädieren vielmehr dafür, in den politischen Debatten und Entscheidungen die Geflüchteten zuerst als Mitmenschen zu sehen, die als Schwestern und Brüder zu uns kommen und unsere Solidarität brauchen.“²⁸

Ein kleiner Trost ist, das nach einer EU-weiten Befragung der Bertelsmann-Stiftung unter 11.410 Bürgern 79 % aller Europäer die Flüchtlinge fair über ganz Europa verteilt werden sollten, immerhin 54 % in den osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Heinrich Bedford-Strohm, fasst die Aufgabe der Kirchen im Sinne von Dietrich Bonhoeffer in den Worten zusammen: „Wer fromm ist, muss auch politisch sein“.²⁹

II. Syrien und sein verlassenes Volk – zur Entwicklung und aktuellen Situation in Syrien

1. Seit einem Staatsstreich 1963 regierte die Baath-Partei (panarabisch, nationalistisch, sozialistisch) das Land. Seit dem Frühjahr 2011 entwickelte sich im Zeichen des „arabischen Frühlings“ aus Demonstrationen gegen das autoritäre Regime von Baschar al-Assad ein grausamer Bürgerkrieg mit bisher 250.000 Toten. 4,6 Mio. Syrer (von ca. 20 Mio. Einwohnern) sind bei den UN als Flüchtlinge registriert, 6,5 Mio. Menschen sind innerhalb Syriens auf der Flucht. Die Türkei hat 2,2 Mio. Syrer aufgenommen. 1/5 der Einwohner des Libanon kommen aus Syrien.

2. Ab Mitte 2014 eroberte der selbst ernannte „Islamische Staat im Irak“ (ISIS), später nur noch „Islamischer Staat“ (IS), große Teile des syrischen Territoriums. Al Quaida und IS konkurrierten um die Vorherrschaft.

Heute kämpfen auf mehreren Ebenen (siehe Grafik)

²⁸ <http://www.tagesspiegel.de/politik/offener-brief-an-horst-seehofer-ordensobere-gefluechtete-nicht-in-ein-zwielichtiges-licht-stellen/12578976.html> (Zugriff 27.3.2016)

²⁹ <http://www.abendblatt.de/vermischtes/journal/thema/article207201185/Wer-fromm-ist-muss-auch-politisch-sein.html>; <http://www.zeit.de/2015/15/dietrich-bonhoeffer-todestag-protestantismus-widerstand> (Zugriff 28.3.2016)

- Russland und eine internationale Allianz (60 Staaten) unter Führung der USA mit Frankreich und Deutschland
- Verbündete in der Region und
- in Syrien selbst das Assad-Regime, Rebellen gegen Assad, syrische Kurden (YPG, kurdische Volksverteidigungseinheiten, 50.000 Kämpfer, Ableger der PKK) und der IS.

3. Im November 2015 trafen sich in Wien die 17 Mitglieder der Internationalen Syrien-Unterstützungsgruppe (ISSG), darunter die USA, Russland, Saudi-Arabien, der Iran, die Türkei, der Irak, Katar, die Arabische Liga und die EU.³⁰ Der Beschluss der Konferenz für einen Frieden in Syrien war die Grundlage für die vom Sicherheitsrat der VN verabschiedete Resolution 2254 vom 21.12.2015. Hergestellt werden sollte ein „geeinigtes und souveränes Syrien auf dem gesamten bisherigen Staatsterritorium, multiethnisch, multikulturell und multireligiös mit einer frei gewählten säkularen Regierung“. Aber die Interessen, die diplomatisch ausgehandelt werden müssen, sind sehr unterschiedlich: Saudi-Arabien, Katar und zum Teil auch die Türkei unterstützen islamisch-salafistische Rebellengruppen, die in Syrien einen Gottesstaat auf der Basis der Scharia anstreben. Das wahabitisch-sunnitische Saudi-Arabien will so den Einfluss des schiitischen Iran zurückdrängen. Einige der von den USA und anderen westlichen Regierungen geförderten oder zumindest als legitime Opposition betrachteten Rebellengruppen haben eine ideologische und operative Verbindung zur Al-Nusra-Front, dem syrischen Ableger des Al-Quaida-Terrornetzwerkes. Die internationale Unterstützungsgruppe für Syrien (ISSG) hat die Al-Nusra-Front und den IS als Terrorgruppe eingestuft, die bekämpft und mit der in Wien nicht verhandelt wird. Der Iran und Russland wollen einen „geordneten“ Machtwechsel in Damaskus „als Ergebnis eines innersyrischen Prozesses“ und nicht herbeigeführt durch eine ausländische Militärintervention oder durch Rebellengruppen, die vom Ausland unterstützt werden. Russland kämpft in Syrien um seinen weltweiten Einfluss, entgegen der deklassierenden Aussage des US-Präsidenten Obama, Russland sei eine Regionalmacht. Russland hat wegen seines eigenen islamischen Bevölkerungsanteils auch das Interesse, den IS nicht siegen zu lassen. Russland will den Marinestützpunkt Taurus für die eigenen Seestreitkräfte sichern. Der Iran will sicherstellen, dass die syrischen Schiiten nicht an Einfluss verlieren. Die Türkei will das Entstehen eines autonomen Kurdenstaates in Syrien sowie verstärkte Beziehungen zwischen türkischen und syrischen Kurden verhindern und unterstützt deshalb den IS, solange dieser die Kurden bekämpft.³¹

4. Zahlenmäßig am stärksten ist die salafistische Islamische Front (50.000 Kämpfer). Sie kooperiert mit der Al-Nusra-Front (mehr als 20.000 Kämpfer). Im Kurdengebiet kämpfen 25.000-30.000 YPG-Männer für spezifisch kurdische Ziele – mit US-Luftunterstützung. Im Regierungsgebiet hat die staatliche syrische Armee zusammen mit den National Defence Forces, paramilitärischen und lokalen Gruppen sowie Kämpfern aus dem Iran, dem Irak und von der libanesischen Hisbollah 200.000 – 220.000 Kämpfer. Dieses Regierungsgebiet hat die größte Bevölkerungsdichte. Hier leben über 6 Mio. syrische Binnenflüchtlinge.³²

5. In Syrien werden wirksam

- die geostrategischen Interessen der USA und Russlands, ebenso wie im Falle der Ukraine,
- die historischen Gegensätze zwischen Persern und Arabern,
- die religiösen Gegensätze zwischen Schiiten und Sunniten,

30 Vereinbarte Ziele: Implementierung einer Waffenruhe, Einleitung eines politischen Prozesses zur Bildung einer Übergangsregierung binnen 6 Monaten und Einigung auf Wahlen sowie eine Verfassung binnen 18 Monaten, Aufbau einer UN-Monitoring-Mission (Niels Annen, 250.000 Tote später. Endlich kommt Bewegung in die Syrienfrage, IPG, www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/250000-tote-spaeter-1161..., Zugriff 7.4.2016)

31 Andreas Zumach, Wer will was in Syrien? die tageszeitung 10.2.2016 S. 3; Philipp Casula, Diplomatie und Intervention: Moskaus „Krieg gegen den Terror in Syrien“, in: Russland-Analysen Nr. 309, 5.2.2016, S. 6 - 10

32 Jürgen Todenhöfer, Berliner Zeitung, 1.3.2016, S. 5

- die ungeklärten Konflikte in und mit der Regionalmacht Türkei,
- der Konflikt Israel-Palästina,
- Interessen am Bau von Öl- und Gaspipelines nach einem Sturz des Regimes aus Saudi-Arabien und Katar mit dem östlichen Mittelmeerraum.

6. Welche Szenarien sind für den syrischen Staat denkbar?

- Zerfall Syriens in einen westlichen Teil, beherrscht von der gegenwärtigen oder geänderten Regierung, ein Kurdengebiet, und ein IS-Gebiet.
- Militärischer Sieg über den IS: Syrien bleibt in den alten Grenzen bestehen incl. der kurdischen Gebiete.
- Syrien bleibt bestehen ohne die (autonom werdenden) kurdischen Gebiete.
- Die syrischen kurdischen Gebiete vereinigen sich mit den irakischen Kurdengebieten, womit auch der Irak als Staat geteilt würde.

7. Die deutsche militärische Unterstützung der von den USA angeführten Allianz gegen den IS (Beteiligung an Bombardierungen durch Tornado-Flugzeuge) ist ebenso abzulehnen wie die Waffenlieferungen und die Ausbildungshilfe zugunsten der irakischen Kurden.³³

8. Es gibt Möglichkeiten, ohne Gewalt Einfluss zu nehmen:

- Unterstützung von humanitärer Hilfe
- Unterstützung der syrischen Zivilgesellschaft (adopt a revolution)³⁴
- Diplomatische Bemühungen

³³ Friedensbeauftragter der EKD, „Die Kriterien für den Einsatz sind nicht erfüllt“, Stellungnahme vom 2.12.2015, www.ekd.de/aktuell/20151202_stellungnahme_syrien.html; Brot für die Welt, „Krieg gegen den Terrorismus? Die militärische Logik ist keine Option, Positionspapier: www.brot-fuer-die-welt.de/blog/krieg-terrorismus-militaerische-logik-ist-keine .. (Zugriffe 7.4.2016)

³⁴ FriEnt-Impulse Nr. 11/2015, S. 1, www.adoptrevolution.org